

Union in Deutschland

Informations-Dienst

der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Union Deutschlands

Zahlungen an Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands, Bonn, Argelanderstr. 173, Postscheckkonto Köln 36531 und Bankverein Westdeutschland, Filiale Bonn 7487

Nr. 93

Bonn, den 8. Dezember 1951

V. Jahrg.

Schumanplan und Europafrage

Der Bundestag wird auf Verlangen der Bundesregierung noch vor den Weihnachtsferien die Zweite und Dritte Lesung des Gesetzes über Ratifizierung des Schumanplanes durchführen, nachdem Holland bereits zugestimmt hat und Frankreich ebenfalls das Gesetz in diesen Tagen verabschiedet.

Das Vertragswerk ist sehr eingehend und vor den verschiedensten Gremien in allen seinen Einzelheiten diskutiert worden. So wird sachlich kaum mehr etwas Neues vorzubringen sein, weder im Auswärtigen Ausschuß noch im Plenum des Bundestages. Es handelt sich ja auch nicht darum, wie bei früheren Gesetzentwürfen, Paragraph um Paragraph einzeln zu diskutieren und anzunehmen. Der Schumanplan kann als außenpolitisches Vertragswerk, dessen Einzelheiten zwischen den beteiligten Partnern festgelegt sind, nur als Ganzes angenommen oder abgelehnt werden. Darum, d. h. um die Zustimmung zur Ratifizierung, geht es bei dieser Entscheidung des Bundestages.

Im Europarat in Straßburg vollzieht sich die Gestaltwerdung Europas nur sehr zögernd. Die Erwartungen nicht nur der ungeduldigen Europäer werden immer wieder auf eine harte Geduldprobe gestellt, sondern auch in den Vereinigten Staaten verfolgt man mit Sorge den langsam lavierenden Kurs des durch Souveränitätsbedenken und nationale Traditionen schwer belasteten Europaschiffes. Es ist kein Geheimnis, daß die 14 USA-Delegierten der amerikanischen Parlamente, die kürzlich — ein einmaliger Vorgang — in Straßburg die offizielle Verhandlungsführung mit dem Europagremium und seinen Vertretern aufnahmen, mit ihren Besorgnissen über die mangelnden Fortschritte nicht zurückgehalten haben. Es dürfte wohl zu erwarten sein, daß man in den USA in Zukunft wirtschaftliche Stützungsmaßnahmen zugunsten Europas stärker als bisher davon abhängig machen wird, ob sie unmittelbar auch der Integration eines Erdteiles dienen, dessen Glieder zum Teil die bisherigen Stützungsaktionen mehr unter dem Gesichtspunkt ihrer Nationalwirtschaften gewertet haben.

Die Zurückhaltung Großbritanniens, das im übrigen die europäische Entwicklung mit Sympathie verfolgt und die Tür zu einer späteren Beteiligung offen hält, führt in der praktischen Entwicklung anscheinend zu einer kleineuropäischen Lösung unter Einbeziehung der unmittelbar beteiligten Festlandsländer. Denn Großbritannien wie die skandinavischen Staaten lehnen im gegenwärtigen Zeitpunkt die Übertragung von Hoheitsrechten an eine europäische Institution ab. Der französische Delegierte Reynaud hat in Straßburg darauf hingewiesen, daß die britische Europapolitik doch in einem Widerspruch zu früheren Erklärungen Churchills und der bisherigen Betätigung dieses Staatsmannes in

der Europafrage steht. So bahnt sich in Straßburg eine als kritisch empfundene Entwicklung an, der zwei auch von deutscher Seite unterstützte Anträge entgegenwirken sollen. Der eine Antrag fordert die Einrichtung von ständigen Kommissariaten für die verschiedenen Aufgabengebiete unter Aufsicht des Ministerrates, also eine Art von europäischen Ministerien. Der andere Antrag will gemeinsame Organe nach Vorgang des Schumanplanes schaffen, und zwar im Zusammenwirken mit den Institutionen des Schumanplanes. Die Montanunion soll also gewissermaßen in den

Wieder ein sowjetisches Nein

Auf der Tagesordnung der gegenwärtigen Generalversammlung der Vereinten Nationen in Paris steht auch der Antrag der Bundesregierung, durch eine neutrale Kommission feststellen zu lassen, ob in beiden Teilen Deutschlands, dem westlichen wie dem östlichen, die Voraussetzungen für unbeeinflusste freie Wahlen zu einer Nationalversammlung gegeben seien. Der Zweite politische Ausschuß der Vereinten Nationen hat am 4. Dezember mit 50 Stimmen gegen die 5 Stimmen des Ostblocks beschlossen, dem Antrag der Bundesregierung zu entsprechen und Vertreter der Bundesrepublik, der Grotewohl-Regierung sowie West- und Ost-Berlins nach Paris einzuladen, um ihre Meinung zu hören. Pieck-Grotewohl haben bereits abgelehnt, dieser Einladung Folge zu leisten in Einklang mit der Ablehnung, die auch der Vertreter der Sowjetunion, Malik, in Paris ausgesprochen hat.

Das Argument Maliks ist, die ganze Angelegenheit gehe die VN nichts an, sondern müsse von den vier Besatzungsmächten entschieden werden, die nach dem Potsdamer Abkommen die höchste Autorität in Deutschland seien. Interessant an dieser Begründung ist, daß Malik die Zuständigkeit der Besatzungsmächte anerkennt, während die Grotewohlregierung im innerdeutschen Gebrauch immer nur von dem „Tisch“ redet, an dem die Vertreter des deutschen Westens und Ostens unter sich die Fragen der deutschen Einheit regeln sollten.

Die Bundesregierung hat ihre guten Gründe gehabt, weshalb sie die Vereinten Nationen mit der Angelegenheit befaßte. Der alliierte Kontrollrat für Deutschland ist durch die sowjetische Sonderpolitik in Deutschland, die darauf hinausläuft, ganz Deutschland in den sowjetischen Einflußbereich einzubeziehen, seit Jahren zur Un-

Europarat eingebaut werden, so daß ein Organismus mit echten, gemeinsamen Funktionen entsteht. Auf diesem Wege würden wirkliche supranationale Behörden geschaffen werden.

Auch unter solchen Gesichtspunkten gewinnt die baldige Ratifizierung der Montanunion verstärkte Bedeutung. Für Deutschland selbst kommt hinzu, daß mit endgültiger Ratifizierung des Vertragswerkes durch die beteiligten Mächte gewisse Erleichterungen sich ergeben, wie die Aufhebung von Maßnahmen des Alliierten Sicherheitsamtes im Falle Salzgitter und Thyssen-Hütte und die freie Gestaltung der Stahlquote nach Kapazität und Bedarf. Alle diese Momente tragen dazu bei, den Wunsch der Bundesregierung nach baldiger Verabschiedung eines Vertragswerkes zu unterstützen, mit dem trotz verschiedener Einzeleinwendungen doch große Hoffnungen für alle guten Europäer verbunden sind.

fruchtbarkeit verurteilt. Unfruchtbar würde deshalb auch eine Beschäftigung des Kontrollrats mit der Prüfung der Frage sein, die der Bundesregierung am Herzen liegt. Wir kennen die Antwort der Sowjets schon. Es sei eine Beleidigung für das deutsche Volk, eine Kommission mit der Prüfung der Voraussetzungen für freie Wahlen zu betrauen. Gerade die Sowjetregierung täte gut, sich um das Ehrgefühl des deutschen Volkes nicht zu kümmern, denn die Terrorpolitik, die sie vom ersten Augenblick der Besatzung bis heute in der sowjetischen Zone ausgeübt hat, war ein Ausdruck der tiefsten Menschenverachtung.

Herr Malik hat in Paris wieder von dem oben bereits erwähnten Tisch gesprochen, an dem sich Vertreter aus beiden Teilen Deutschlands zu Besprechungen über ein Wahlgesetz treffen sollten. Er weiß, daß dieser Weg für die Bundesrepublik ungangbar ist, aber er will den Westen zwingen, unter sein Joch zu kriechen. Erstens sind die Grotewohl-Leute für die Bundesrepublik nicht verhandlungsfähig, und zweitens stände hinter jedem Delegierten der Ostzone am Verhandlungstisch ein Russe, der ihm vorschriebe, was er zu sagen und zu tun hat. Wer diesen Weg betritt, liefert sich der sowjetischen Politik aus.

Die Sowjets haben die Vereinten Nationen bzw. die in Betracht kommende neu-

Aus dem Inhalt:

- Ein bedenklicher Vorstoß
- Investitionshilfe vor dem Bundestag
- Pressepolitik — aber wie?
- Ein sozialer Antrag?
- Schulgesetz und Koalition
- Kleinste Partei — größter Parteiapparat

Ein bedenklicher Vorstoß

In einer Demokratie sind Zustimmung und Mitarbeit Sache des freien Willens, und wer statt ihrer sich zu einer Protestaktion entschließen zu sollen glaubt, muß dies zunächst nur vor seinem demokratischen Gewissen verantworten. Dieses demokratische Gewissen müßte aber, so meinen wir, auch darüber wachen, daß die demokratische Selbstdisziplin, ohne die ein freies Gemeinwesen nicht existieren kann, gewahrt wird, weil andernfalls der Gesamtorganismus des Volkes arg in Mitleidenschaft gezogen werden kann. Man muß es deshalb bedauern, daß — unzufolge unter dem wachsenden Einfluß radikaler Elemente — der Beschluß des Bundesausschusses des DGB zur Einstellung der Mitarbeit in einem Zeitpunkt erfolgte, in dem der Bundeskanzler der deutschen Bundesrepublik in schwierigen Verhandlungen im Ausland einer besonderen Rückenbedeckung bedurfte. In dieser Sicht ist das Verhalten der Gewerkschaften nicht nur der Stellung der Bundesregierung, sondern auch dem gesamten demokratischen Gefüge nicht zuträglich.

Der erste Vorsitzende des DGB, Christian Fette, hat erst am 23. November in Hamburg vor der Presse erklärt, der DGB werde niemals gegen die Gesetze der Demokratie verstoßen, weil sie seine eigenen Prinzipien darstellen. Wir meinen, so schreibt der DUD, daß es in der Demokratie nicht nur „Gesetze“ gibt, die in Paragraphen das geschriebene Recht festhalten, sondern auch ungeschriebene Gesetze, nach denen sich das Verhalten des einzelnen Bürgers und seiner Organisationen richten muß, weil doch auch sie „seine eigenen Prinzipien“ darstellen. Zu diesen Gesetzen aber gehört ohne jeden Zweifel der alte Satz, nach dem das Wohl der Gemeinschaft das oberste Gesetz sein soll. Und ihm müßte sich gerade in einer Demokratie das Verhalten der Bürger in strittigen Fragen, die es immer und überall gab, geben wird, unterordnen.

Investitionshilfe vor dem Bundestag

Als Ergebnis einer ernsten Aussprache der CDU/CSU-Fraktion wurde zur Frage des Gesetzes über die Investitionshilfe der deutschen gewerblichen Wirtschaft für die Grundstoffindustrien die Überzeugung zum Ausdruck gebracht, daß die positive Erledigung dieser Gesetzesvorlage nicht allein eine materielle Frage, sondern eine das Prinzip unserer Wirtschaftsform berührende Angelegenheit darstellt.

Man war sich in der Fraktion, vor der Bundeswirtschaftsminister Prof. Erhard noch einmal seinen Standpunkt vortrug, darüber klar, daß für den Fall einer Ablehnung dieses Gesetzes neue Formen gesucht werden müßten, die nach Art und Dauer zwangswirtschaftlichen Charakter annehmen könnten.

Obleich die Investitionshilfe von einer Milliarde aus Ordnungsgründen in eine

Die von dem Bundesausschuß des DGB so demonstrativ angegriffene Marktwirtschaft hat bei einzelnen berechtigten Einwendungen doch eine Entwicklung erzielt, die unsere industrielle Produktion in geradezu staunenerregender Weise belebt hat und die eine von allen Sachkennern nicht für möglich gehaltene Steigerung der Exportziffern und Sicherung der Devisenlage ermöglicht hat. Erst kürzlich wieder hat die OEEC, die Organisation der europäischen Wirtschaftszusammenarbeit, die sich häufig sehr kritisch äußerte, festgestellt, daß neben Belgien und Italien die Bundesrepublik sich besonders stark gegenüber inflatorischen Gefahren gezeigt hat. Wenn trotz der Steigerung der Zahl der Beschäftigten auf 14,9 Millionen in diesem Jahre gegenüber 11 Millionen im Jahre 1936 immer noch Arbeitslosigkeit besteht und die Not in den Kreisen bestimmter Berufsgruppen und sozial Schwacher groß ist, so ist das auf keinen Fall Schuld und Folge deutscher Wirtschaftspolitik, sondern gehört zu den keineswegs überwindenen Auswirkungen eines Krieges und eines Zusammenbruchs von überdimensionalem Ausmaß.

Der Bundesausschuß des DGB hat trotzdem die Türe vernehmlich zugeschlagen — sie wurde aber nicht völlig geschlossen. Die Mitarbeit der Gewerkschaften gerade in den entscheidenden Gremien (Ruhrbehörde und Beirat der DKBL) wird ausdrücklich aufrecht erhalten, und auch die Möglichkeit weiterer Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Bundesregierung wird klar hervorgehoben. Und diese Feststellungen berechtigen — nicht zuletzt auf Grund der Vergangenheit der Gewerkschaften — zu der Hoffnung, daß es gelingen werde, die augenblicklich noch strittigen Fragen zu bereinigen. Man muß eine solche Entwicklung schon deshalb wünschen, weil ja letzten Endes alle Bürger der Bundesrepublik im gleichen Boot sitzen, in einem Boot, das bei stärksten Stürmen auf gefährlicher Fahrt begriffen ist.

bundesgesetzliche Form gebracht werden mußte, trägt diese gegenseitige Hilfe der Unternehmerschaft dennoch den Charakter der Freiwilligkeit. Außerdem ist sie auf die Dauer eines Jahres begrenzt. Womit allerdings nicht gesagt werden soll, daß nach Ablauf dieser Frist neue Selbsthilfemaßnahmen der Wirtschaft überflüssig sind.

Man ist sich außerdem darüber klar, daß der Betrag von einer Milliarde praktisch nicht ausreicht, die Engpässe in den Grundstoffindustrien durch die erforderlichen Investitionen völlig zu beseitigen. Aber auch hier gilt schließlich der Grundsatz, daß es besser ist, den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dache zu haben.

Ein Blick auf die Statistik der industriellen Entwicklung zeigt, daß die Aufwärtsbewegung der gewerblichen Wirtschaft sich in einem Maße von der Entwicklung der

eine bloß innerdeutsche Angelegenheit ist. Dem widerspricht ja sein eigener Hinweis auf die Kompetenz der Besatzungsmächte. Wie kann man von einer nur innerdeutschen Angelegenheit sprechen, wenn sie ein Hindernis für die Verständigung der Völker und sogar ein Hindernis für den Frieden ist, und wenn man sich die Tatsache vor Augen hält, daß eine fremde Macht, nämlich die Sowjetunion, nun schon fast sieben Jahre lang versucht, das ihr ausgelieferte deutsche Land zu sowjetisieren und zu russifizieren?

Grundstoffindustrien entfernt hat, daß die Beibehaltung eines wirtschaftlichen Gleichgewichts eine ernste Bedrohung darstellt. Wenn also nicht in verhältnismäßig kurzer Zeit die Kapazität der Lieferindustrien, in diesem Falle der Grundstoffindustrien, erweitert werden kann, müßte die übliche gewerbliche Wirtschaft Einschränkungen ihrer Produktion vornehmen.

Freilich werden auch in der CDU/CSU-Fraktion andere Faktoren nicht übersehen, die einer gesunden Entwicklung der Grundstoffindustrien Schwierigkeiten machen. Da geht es zunächst um den sogenannten „gespaltenen Kohlenmarkt“. Während alle Erzeugergebiete der Wirtschaft dem Preisauflauf mehr oder weniger folgten, stand die Grundstoffindustrie nach wie vor unter Preisstop, wobei auch für sie durch alle Zubringerzweige erhöhte Kosten entstanden. Eine gesunde Relation müßte also auch hier in kurzer Zeit geschaffen werden und gemeinsam mit der Investitionshilfe zu einem allgemeinen Aufschwung beitragen. Da aber die Preise der Grundstoffe Angelpunkte der allgemeinen Lebenshaltungskosten sind, kann hier nicht ohne sorgfältiges Abwägen der Auswirkungen vorgegangen werden.

Verwirrungspolitik

Der wegen politischer Betätigung auf Linie der sogenannten „Friedenspropaganda“ sowjetzonaler Institutionen aus der CDU ausgesessene Oberbürgermeister a. D. Elfes aus München-Gladbach hat kürzlich auch in einer Versammlung in Hamburg gesprochen. Die Begleitumstände der Versammlung, die von einer der sowjetzonalen Propaganda nahestehenden „Arbeitsgemeinschaft Hamburger Frauen und Mütter“ einberufen war, wurde wegen ihrer Begleitumstände eine weitere nachträgliche Rechtfertigung des erfolgten Parteiausschlusses. Wir erhielten darüber aus Hamburg den Bericht eines Versammlungsteilnehmers, aus dem hervorgeht, daß für die Veranstaltung mit einem irreführenden Plakat geworben wurde: „Ein CDU-Mann spricht“.

Die Versammlung selbst brachte die üblichen politisch indiskutablen Gedankengänge östlicher „Friedenspropaganda“, gewürzt durch heftige Angriffe des Redners auf die CDU und ihren Parteivorsitzenden. Die Sowjetunion wurde wiederholt als friedliebend bezeichnet, natürlich im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten, die stark gegenüber Rußland seien. Die Deutschen sollen Neutralitätspolitik betreiben und den Kräften positiv gegenüber stehen, die aktiv für den Frieden kämpfen. Diese Kräfte stehen nach Ansicht von Elfes natürlich nicht auf der anglo-amerikanischen Seite.

Eine kennzeichnende kleine Panne passierte dem Redner, als er forderte, die Christen müßten die führenden Kräfte im Friedenskampf sein und dafür die das Versammlungsmilieu kennzeichnenden Zwischenschritte erhielt: „Die Pfaffen bringen uns den Krieg“. Mit der Behauptung, die Bundesregierung habe diktatorische Bestrebungen, bemühte sich Herr Elfes dann auch noch, Herrn Schumacher zufriedenzustellen. Wenn solche Kundgebungen auch der Wirklichkeit und den sehr realen Problemen ausweichen, wie sie von Dr. Adenauer immer wieder unter Hinweis auf die Taten der Sowjetunion und die Nachkriegsergebnisse unmissbar werden, so liegt doch leider die Gefahr einer Verwirrung politisch unerfahrener Kreise vor.

Wieder ein sowjetisches Nein
trale Prüfungskommission abgelehnt, weil sie eine unparteiische Prüfung der Bedingungen für freie unbeeinflusste Wahlen fürchten, denn sie haben ein schlechtes Gewissen. Wäre es ihnen wirklich um die deutsche Einheit in Freiheit zu tun, dann würden sie einen Weg betreten, der sich immer dann empfiehlt, wenn zwei Parteien nicht zur Einigung kommen können. Es ist leider nicht wahr, was Herr Malik behauptet, daß die Vorbereitung freier Wahlen

A IV 6 i Gewerkschaften

Unverständliche Entscheidung des DGB

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bedauert in einer Erklärung vom 4. Dezember aufs stärkste den Beschluß des deutschen Gewerkschaftsbundes, die Mitarbeit in den wirtschaftspolitischen Gremien der Bundesregierung einzustellen. Diese Entscheidung müsse „in diesem Augenblick größter politischer und wirtschaftspolitischer Entscheidungen“ als Absage der Mitarbeit am deutschen Wiederaufbau wirken. Die CDU/CSU-Fraktion weist in diesem Zusammenhang die Erklärung der Gewerkschaften zurück, die Wirtschaftspolitik der Regierung habe zu einer steigenden Belastung der Arbeitnehmer und minderbemittelten Schichten geführt. Diese Behauptung stehe in krassem Widerspruch zu den Tatsachen. Darum könnten die Millionen Arbeitnehmer, die sich in der CDU/CSU zusammengefunden haben, für die Entscheidung des DGB kein Verständnis aufbringen.

A III 1 CDU/CSU

CDU hilft dem Mittelstand

Die CDU/CSU-Fraktion will in Kürze mit einem umfassenden Mittelstandsprogramm an die Öffentlichkeit treten, das mit der Regierung abgesprochen werden soll. Zur Vorbereitung des Programms führte die Fraktion am 4. Dezember eine eingehende Aussprache, in der Sprecher des Handels, des Handwerks und der Landwirtschaft die Anliegen dieser Stände vortrugen. Insbesondere wurde der Ausbau der Abteilungen für Handel und Handwerk im Wirtschaftsministerium für notwendig bezeichnet. Grundsätzlich wurde in der Aussprache zum Ausdruck gebracht, daß der Mittelstand eine tragende Säule eines auf christlichen Grundsätzen aufgebauten Staatslebens sei. Im einzelnen wurde gefordert, daß die Kreditpolitik in stärkerem Maße die mittelständischen Belange berücksichtige. Für den Handel soll ein Berufsgesetz geschaffen werden, das die Konkurrenz zweifelhafter Elemente ausschaltet. Auch gegen das Überhandnehmen der Schwarzarbeit soll vorgegangen werden. Für das Handwerk soll bald das Gesetz über die Altersversorgung vorgelegt werden.

A IV 7 a Allgemeines

Lukaschek weist Asbachs Vorwürfe zurück

Minister Lukaschek wies am 4. Dezember in einem offenen Brief die Kritik des schleswig-holsteinischen Flüchtlingsministers Asbach zurück, der Lukaschek vorgeworfen hatte, er habe die Heimatvertriebenen auf sozialpolitischem Gebiet schwer enttäuscht. Zu den einzelnen Vorwürfen Asbachs betont Lukaschek, daß er selbstverständlich für die Weihnachts-Teuerungszuschläge eingetreten sei. In allen öffentlichen Darstellungen des Vertriebenenproblems habe er die hohe Arbeitslosigkeit unter den Vertriebenen in den Mittelpunkt gestellt. Er habe erreicht, daß von den 300 Millionen Mark des Schwerpunktprogramms 1950 285 Millionen in die drei Hauptflüchtlingsländer — Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern — gelenkt wurden. In diesem Jahr seien die Gelder ähnlich verteilt worden. Lukaschek schreibt, er habe seit Juni dieses Jahres die längst fällige Erhöhung der Unterhaltshilfe gefordert. Ebenso habe er die Stundung der Soforthilfe vor dem Bundesrat abgelehnt. Außerdem erweise sich die Behauptung Asbachs als unrichtig, die Stundung bedeute eine Mindereinnahme von 132 Millionen Mark. Sie betrage in Wirklichkeit rund 44 Millionen Mark. Zur Frage des Lastenausgleichs sei seine Stellungnahme ebenfalls absolut klar. Ebenso halte er es nicht für tragbar, daß heimatvertriebenen Pensionären die zwanzigprozentige Teuerungszulage nicht gewährt wird. Er habe mit allen Mitteln die Entschließung des Beamtenrechtsausschusses des Bundestags unterstützt, wonach wenigstens bis April nächsten Jahres diese Zulage auch auf die verdrängten Versorgungsberechtigten ausgedehnt werden soll. Zur Umsiedlung schreibt Lukaschek, daß der Tatbestand im Bundestag geklärt worden sei. Er habe niemals gesagt, die Umsiedlung ohne neue Wohnungsbaumittel sei unmöglich. Er sei stets bemüht gewesen, Wohnungsbaumittel zu beschaffen, gerade um die Umsiedlung zu erleichtern und zu beschleunigen.

A III 1 e KPD

Illegale Geschäfte finanzieren KPD

Minister Dr. Lehr kennzeichnete am 3. Dezember vor dem Überseeklub in Hamburg den illegalen Interzonenhandel als Hauptfinanzquelle für die kommunistische Wühlarbeit. Der Minister wies darauf hin, daß die KPD als eine der kleinsten Parteien in der Bundesrepublik über den größten und kostspieligsten Apparat verfüge, der jährlich etwa elf Millionen Mark verschlinge. Lehr betonte erneut, daß die „Gefahr von links“ weit größer sei als die von rechts, die „besonders in der Presse und namentlich in der Auslandspresse“ stark übertrieben worden sei. Die KPD besolde bei einer Mitgliederzahl von nur 170 000 mehrere tausend Parteifunktionäre. Die KPD-Kreisorganisationen, Landesverbände und der Parteivorstand kosteten ohne Propagandaaufwand 3,2 Millionen Mark im Jahr. Die kommunistische Presse im Bundesgebiet habe ein jährliches Defizit von 2,4 Millionen Mark. Einschließlich der Verwendungen für die Tamorganisationen, für die Wühlarbeit in den Gewerkschaften und eine Reihe von Sonderaufgaben wie zum Beispiel die Aktion Helgoland und die Vorbereitung der kommunistischen Jugendfestspiele in Ostberlin, erhöhe sich das Defizit der KPD auf etwa elf Millionen Mark jährlich. Gegenüber dieser gewaltigen Summe seien praktisch keinerlei legale Einnahmen vorhanden. Als Beispiel für den illegalen Interzonenhandel nannte der Minister die Tätigkeit der im Juli 1951 aufgelösten DEAG, die jetzt würdige Nachfolger gefunden habe. Ein von ihr getätigter Verkauf von 7 000 Tonnen Zeitungspapier aus der Sowjetzone habe der KPD elf Millionen Mark eingebracht. 8 000 im Westen verkaufte Sportgewehre hätten mit 900 000 Mark die kommunistische Parteimaschine geölt. Das gleiche gelte für den Schmuggel von Kaffee und Zigaretten. Zu den „kleinen Betrügereien“ gehöre die Praxis, angestellte Parteifunktionäre Arbeitslosenunterstützung zu lassen, die auch in die Parteikasse fließe. Allein in Hamburg sei der Staat auf diese Weise monatlich um 1 650 Mark beschwindelt worden. Bei seiner Warnung an die Rückversicherer wandte sich der Minister auch an die Besitzer von Sälen, die sich sehr überlegen sollten, wem sie ihre Räumlichkeiten zur Verfügung stellen. Gegenüber Staatsfeinden gebe es keine Toleranz.

C d Ausschüsse

Landwirtschaftlicher Ausschuß nimmt Arbeit auf

Der Bundesausschuß für Landwirtschaft der CDU, der sich auf dem Bundesparteitag in Karlsruhe unter Vorsitz von Landtagsabgeordneten Wehking konstituiert hatte, trat am 4. Dezember im Bundeshaus, Bonn, zu seiner ersten Arbeitstagung zusammen. Nachdem in einem einleitenden Referat zu aktuellen Fragen der Agrarpolitik Stellung genommen wurde, befaßte sich der Ausschuß mit seinen organisatorischen und politischen Aufgaben und legte seinen Arbeitsplan für das nächste Halbjahr fest. Der Ausschuß kam zu der Überzeugung, daß innerhalb des landwirtschaftlichen Berufsstandes die politische Arbeit aktiviert werden müsse, um einer Entwicklung zum Abgleiten in Interessengruppen vorzubeugen. Dazu komme die Aufgabe, berechnete Forderungen des Berufsstandes im Rahmen der Gesamtpolitik der Partei zu verwirklichen.

A III 2 Außerparl. Gruppen

Deutsche Union beteiligt sich an Gemeindewahlen

Freiherr Hans Christoph von Stauffenberg, ein Vetter des Attentäters vom 20. Juli 1944 wurde am 2. Dezember in Alsfeld (Oberhessen) durch die Hauptversammlung der „Deutschen Union“ als Erster Vorsitzender der Organisation bestätigt. Stauffenberg kündigte an, daß sich die Deutsche Union im kommenden Frühjahr an den hessischen Gemeindewahlen beteiligen werde. Sie wolle vor allem die von der „Parteipolitik verprellte Kriegsgeneration“ in die Politik zurückführen. Sie habe getreu ihrem Grundsatz der undoktrinären Politik Vertreter in allen antikommunistischen Parteien. Stauffenberg teilte mit, daß die DU in der Bundesrepublik über 2500 „Aktivisten“ verfüge. Finanziell werde sie aus persönlichen Opfern ihrer Mitglieder erhalten.

ANNO DAZUMAL,
ALS MAN NOCH ZEIT HATTE..



Heute, WO ES AUF
JEDE MINUTE ANKOMMT, SCHREIBT
MAN MIT DEM ROTBERINGTEN

TINTEN-*Kuli*

A IV 1 g Film

Selbstkontrolle der Filmwerbung gefordert

Die Einbeziehung der gesamten Filmwerbung in den Prüfungsbereich der freiwilligen Selbstkontrolle der Filmwirtschaft fordert der Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Film, Funk und Presse, Dr. Rudolf Vogel (CDU), am 4. Dezember in Wiesbaden. Dr. Vogel, der auf einer gemeinsamen Veranstaltung der Spitzenorganisation der Filmwirtschaft und der Filmselfbstkontrolle sprach, bezeichnete dabei als Voraussetzung, daß die Filmselfbstkontrolle die Möglichkeit erhalte, ihre Entscheidungen auch durchsetzen zu können. Dr. Vogel erklärte, die Filmwirtschaft müsse sich darüber klar sein, daß jede Freiheit auch Verantwortung mit sich bringe. Werde die der Filmwirtschaft eingeräumte Freiheit mißbraucht, so gefährde dies unter Umständen die der Filmselfbstkontrolle öffentlich übertragene „Treuhandenschaft“. Auch der Generalsekretär der ständigen Konferenz der Kultusminister, Ministerialrat Burkart, sprach sich dafür aus, daß die Filmselfbstkontrolle Filmplakate vor ihrer Veröffentlichung begutachte. Auf die Filmwerbung müßten die gleichen Grundsätze wie für die Filme angewandt werden. Deshalb müsse die Zulassung eines Filmplakates davon abhängen, daß es nicht verhöhrend oder entsittlichend wirke, keine religiösen Gefühle verletze oder das Ausland nicht beleidige.

C d Ausschüsse

Dem Andenken Adam Stegerwalds

Aus Anlaß des Todestages des Mitbegründers der Christlich-Demokratischen Union, Adam Stegerwald, trafen sich am 3. Dezember zahlreiche Vertreter der Sozialausschüsse aus dem unterfränkischen Maingebiet in Würzburg. Eine eindrucksvolle Gedenkstunde führte die christlich-demokratische Arbeitnehmerschaft Unterfrankens am Vormittag zum Grabe des früheren christlichen Gewerkschaftsführers und Zentrumspolitikers aus der Weimarer Zeit. — Die Beratungen der Versammlung galten schwebenden organisatorischen Fragen. Im Mittelpunkt der gut besuchten Tagung stand ein Referat des Sozialreferenten der Bundesgeschäftsstelle über sozialpolitische Gegenwartprobleme.

A V d Hessen

Das Stein-Denkmal in Nassau

Das auf Veranlassung des Innenministers von Rheinland-Pfalz, Dr. Zimmer (CDU), gebildete Kuratorium zur Wiederherstellung des Steindenkmals in Nassau hat beschlossen, daß das Denkmal in der ursprünglichen Form wiederhergestellt werden soll. Von den an den Freiherrn von Stein erinnernden Baudenkmalern im Unterlahnkreise, die im Kriege alle starke Zerstörungen erlitten haben, war in Zusammenarbeit der Landesregierung von Rheinland-Pfalz und des Deutschen Städtetages zunächst die Steinsche Gruftkapelle im Dorfe Frücht bei Bad Ems wieder in einen würdigen Zustand versetzt worden. Auch die Geburtsstätte Steins, das Schloß in Nassau, soll wieder ihr altes Aussehen erhalten.

A V f Nordrhein-Westfalen

CDU-Oberbürgermeister für Essen

Der Essener Oberbürgermeister Dr. Hans Toussaint (CDU) wurde am 5. Dezember von der Essener Stadtverordnetenversammlung zum zweiten Male mit 41 Stimmen gegen fünf bei einer Enthaltung wiedergewählt. Als Bürgermeister wurde erneut Werner Lipa (SPD) mit 37 Stimmen gegen eine Stimme bei neun Enthaltungen bestätigt.

A III 1 i DRP

Zusammenschluß Nationale Rechte-DRP

Die „Nationale Rechte“ und die „Deutsche Reichspartei“ (DRP) haben sich am 1. Dezember in Recklinghausen zu einer „Innerpolitischen Arbeitsgemeinschaft“ zusammengeschlossen. Sie wollen künftig als politische Einheit auftreten. Die Landesorganisationen beider Parteien sollen zusammengefaßt werden. Als künftige Gesamtorganisation wird eine „Reichsvereinigung der Rechten“ angestrebt, die auch anderen Rechtsgruppen offenstehen soll. Die Sprecher der Delegiertentagung der „Nationalen Rechten“, auf der dieser Beschluß bekanntgegeben wurde, distanzieren sich von jedem hemmungslosen Radikalismus, wie er die Methoden der SRP kennzeichnete.

A I a Allgemeines

Sowjets wollten Westdeutschland besetzen

Bundesminister Storch erklärte auf dem Bezirksparteitag der CDU in Meppen am 1. Dezember, wie die „Glocke“ in ihrer Ausgabe vom 3. Dezember berichtet, vor etwa einem Jahr habe die Bundesrepublik in höchster Gefahr geschwebt. Aus zuverlässigen Quellen war damals bekannt geworden, daß in der Sowjetzone vierzehn Divisionen zum Stoß über Hof nach Mainz bereitstanden. Der Kanzler habe daraufhin auf dem Petersberg im Auftrage des Kabinetts mit allem Nachdruck die Frage gestellt, was man zur Überwindung dieser Gefahr zu tun gedenke. Wenn nichts dagegen geschähe, müsse die Bundesregierung zurücktreten. Daraufhin habe der Westen die Garantie-Erklärung abgegeben, daß jeder Angriff auf die Bundesrepublik und Westberlin Krieg bedeute. Das habe die Sowjets abgeschreckt und zur Demobilisierung der Divisionen geführt.

A V h Rheinland-Pfalz

Schutz für heimatlose Jugend

Die CDU-Landtagsfraktion von Rheinland-Pfalz hat in einem Antrag eine Verlängerung des Landesgesetzes zur Erfassung und Unterbringung heimatloser und gefährdeter Jugendlicher gefordert, da das bisherige Gesetz vom 19. 11. 1948 am 31. Dezember dieses Jahres abläuft. Eine Verlängerung des Gesetzes in der alten Fassung erscheint angesichts der vielen neuen Bestimmungen auf dem Gebiet des Fürsorgerechts nicht mehr angebracht. Das Landesgesetz zur Erfassung und Unterbringung heimatloser und gefährdeter Jugendlicher gibt auch in seiner neuen Fassung den staatlichen und kommunalen Stellen die Möglichkeit, umherstreunende Jugendliche aufzugreifen, durch gesetzlich befristete Bewahrung eine Verhütung oder Beseitigung der bereits eingetretenen Verwahrlosung zu erreichen und geeignete Maßnahmen zur Rückführung der Jugendlichen in geordnete Verhältnisse zu treffen. Der Gesetzentwurf sieht in der von der CDU-Fraktion vorgeschlagenen Fassung vor, daß die Einweisung der Jugendlichen in die Aufnahmeheime unter bestimmten Voraussetzungen bereits durch die Jugendämter erfolgen kann, vor allem dann, wenn der Jugendliche mit der Einweisung einverstanden ist. Der Vormundschaftsrichter soll nur dann eine Einweisung anordnen, wenn sie gegen den Willen des Jugendlichen bzw. seines gesetzlichen Vertreters oder seiner Eltern für erforderlich gehalten und zwangsweise durchgeführt werden muß. Durch diese Regelung soll dem sich freiwillig der Einweisung in ein Aufnahmeheim unterwerfenden Jugendlichen die richterliche Vorführung erspart bleiben.

A V h Rheinland-Pfalz

Zentralabitur abgeschafft

Eine Neuordnung der Reifeprüfung für die Schüler und Schülerinnen der höheren Schulen des Landes Rheinland-Pfalz wurde von Kultusminister Dr. Finck (CDU) bekanntgegeben. Damit wird das seit 1946 bestehende „Zentralabitur“ beseitigt und die Prüfung wieder in die Hände derer gelegt, die die Schüler kennen. Das Zentralabitur, das sehr stark umstritten war, wurde von der französischen Besatzungsmacht eingeführt und hatte sich trotz Widerstände, insbesondere bei der Lehrerschaft, in den vergangenen Jahren gehalten. Gleichzeitig soll mit dieser Neuordnung eine Angleichung an die Prüfungsordnung der anderen westdeutschen Länder vorgenommen werden. Es müsse das Ziel sein, wie Dr. Finck erklärte, wenn auch nicht zu einer uniformierten, so doch im Grundsätzlichen einheitlichen Schulgestaltung zu kommen. Die schriftlichen Prüfungsaufgaben werden in Zukunft nicht mehr vom Zentralkultusministerium gestellt, sondern von der jeweiligen Schule vorgeschlagen. Die Korrektur und Bewertung der Arbeiten erfolgt durch die örtlichen Fachlehrer und nicht mehr durch Referenten des Ministeriums. Die mündliche Prüfung findet ebenfalls an den einzelnen Anstalten durch die Fachlehrer statt. Bei Nichtbestehen der Reifeprüfung ist eine Wiederholung möglich, sofern die Oberprima weiter besucht wurde. Im übrigen müsse, so erklärte Staatsminister Dr. Finck, das Ausleseprinzip als Durchgangsprinzip zur Geltung kommen und bereits in der Sexta beginnen. Dort müsse es aber mit einer gewissen Behutsamkeit gehandhabt werden, da sich viele Kinder erst im Laufe der Schulzeit entwickeln. Von der Untersekunda nach der Obersekunda habe die Auslese besonders streng zu erfolgen.

Pressepolitik - aber wie?

Zur Pressepolitik der Bundesregierung und im besonderen zur Aufgabe eines Pressechefs nimmt der Chefredakteur des Deutschland-Union-Dienstes, H. L u b b e r s, in der „Neuen Zeitung“ Stellung. Der Aufsatz zeichnet sich gegenüber manchen anderen Erörterungen über dieses sachlich und personell sehr umstrittene Thema durch die Offenheit und den Mut aus, mit dem hier die entscheidenden Dinge beim Namen genannt werden. In dem Aufsatz wird ausgeführt:

Pressepolitik der Bundesregierung ist das Herbeiführen und Erhalten eines vernünftigen und möglichst guten Verhältnisses zu den in Bonn tätigen Vertretern der Presse, des Rundfunks und des Films. Wenn die Bonner Vertreter gut informiert werden, wenn man in Gesprächen mit ihnen die publizistischen Seiten der Politik abklärt, so ist das im wesentlichen das, was man füglich von der Bundesregierung erwarten kann. Doch hier stock ich schon... Soll die Bundesregierung alle Bonner Vertreter gut und umfassend — selbst über die vertraulichsten Dinge — informieren? Auch die Vertreter der kommunistischen Nachrichtenagentur ADN? Auch die Vertreter von Interessentenverbänden, die deren Zeitschriften in Bonn vertreten? Auch freie Journalisten, die für jeden arbeiten, der sie bezahlt? Auch alle ausländischen Journalisten? Eine Frage, die sich nicht einmal auf die aus dem Osten beschränkt. Sollen beispielsweise zu Handelsvertragsvorbereitungen Vertreter wirtschaftlicher „Korrespondenzen“ Zugang haben, die nicht nur inländische Zeitungen, Wirtschaftsgruppen und so weiter bedienen?

Man sieht, die Forderung nach umfassender Unterrichtung durch die Bundesregierung muß sich notwendigerweise beschränken, und zwar auf einen solchen Kreis von Journalisten, deren fachliche Eignung, Seriosität und vor allen Dingen Diskretion über jeden Zweifel erhaben sind. Mein Vorschlag geht schon lange dahin, jene Journalisten, die wirklich politisch arbeiten, bei der Bundesregierung ausdrücklich zu akkreditieren, und diesen dann aber auch vollen Zutritt zu allen nur eben zu verantwortenden Informationen zu geben.

Dies sei eine Einschränkung der Pressefreiheit, sagen Sie? Jeder Journalist müsse von jedem Beamten das größtmögliche Maß an Information bekommen? Diesen Grundsatz vertritt ja nicht einmal der Bundestag, der doch eine Einrichtung ist, zu der praktisch jedermann Zutritt hat. Selbst der Bundestag schließt die Presse von seinen Ausschusssitzungen, seinen Vorstandssitzungen, seinen Ältestenratssitzungen aus und erklärt die meisten davon für vertraulich. Abgeordnete, die diese Vertraulichkeit brechen, pflegt man zur Verantwortung zu ziehen. Wenn man aber eine solche Praxis im Bundestag als selbstverständlich hinnimmt, wieso regt man sich darüber auf, wenn die Bundesregierung von ihren Beamten in gewissen noch nicht reifen Dingen Vertraulichkeit fordert? Man sieht, hier stimmt etwas nicht in der Abstufung der Werte.

Und darüber muß ein besonderes Wort gesagt werden, auf die Gefahr hin, daß man mich einen Reaktionsär schilt und einen Neofaschisten. Wir haben in unserer jungen Demokratie den Blick für die politischen Maßstäbe und Wertungen verloren. Insbesondere der Regierung gegenüber wird das aus der Nazizeit geborene Mißtrauen gegen die Obrigkeit heftig übertrieben. Die Kritik, die in der Demokratie Mittel zur Erreichung des besten Effekts für das Gemeinwohl sein sollte, ist in der Bundesrepublik reines politisches Kampfmittel geworden. Jeder kritisiert jeden, jeder strebt nur für sich — aber alle sind

gegen die Regierung. Das ist falschverstandene Demokratie.

Letzten Endes ist die Regierung vom Volke gewählt — der Wähler ist nicht an die Urne gegangen, um eine Opposition zu wählen, sondern um eine Regierung schaffen zu helfen. Und diese Regierung ist dann eben für die gesetzliche Wahlperiode, oder solange sie vom Parlament geduldet wird, oberste politische Autorität — jawohl, Autorität, die man kritisieren kann, die man aber zu respektieren hat. Sie rangiert in jeder Demokratie über der Opposition, über den Oppositionsparteien, ganz allgemein über jeder einzelnen politischen Partei. Sie ist Repräsentantin nicht nur dieses Staates, sondern, indem dieser Staat ein demokratischer Staat ist, auch Repräsentantin der Demokratie. Die Opposition ist ihr, wenn man will, zugeordnet, nicht gleich- und erst recht nicht übergeordnet. An diesem Grundsatz sollte auch eine Oppositionspartei nicht rütteln,

Falsche Objektivitätsforderung

Hier liegt der entscheidende Kern der mangelnden Publizität der Bundesregierung: Daß ihre Vertreter — insbesondere die Bundespressechefs — nicht die Zeit und vielfach einfach nicht den Mut gehabt hatten, ganz offen für die Bundesregierung und ihre Arbeit zu werben — also zum dritten Male — Propaganda zu machen. Das Bundespresseamt, aber auch die Ministerien, wichen vor der falschen Objektivitätsforderung der Oppositionsparteien und eines Teiles der Presse zurück und beschränkten sich auf die Vermittlung „reiner“ Tatsachen, die eben deshalb unvollständig sein mußten, weil sie nicht interpretiert waren. Presse und Rundfunk — und selbstverständlich den Oppositionsparteien — blieb es dann überlassen, die Bundesregierung zu interpretieren. Nur die Bundesregierung selbst interpretierte sich nicht — das wäre Propaganda gewesen.

Ein Musterbeispiel: Dr. Adenauer hat in Paris sich mit den drei Außenministern der Westmächte über den Generalvertrag zur Ablösung des Besatzungsstatuts geeinigt. Die Minister haben vereinbart, ihn erst zu

Majonica sprach vor der Jugend

Auf einer von etwa 500 jungen Menschen besuchten Versammlung der katholischen Jugend und der Jungen Union in Offenbach am Main sprach der Vorsitzende der Jungen Union Deutschlands, Ernst Majonica, MdB, über den eventuellen deutschen Verteidigungsbeitrag. Er wies die Sinnlosigkeit einer Neutralitätspolitik nach und forderte den Beitrag Deutschlands an der Verteidigung Europas unter gleichen Rechten und Pflichten.

Die Ausführungen Majonicas fanden die Zustimmung und den Beifall der Versammlung. Die anschließende Diskussion hob sich in ihrer Sachlichkeit vorteilhaft von einer einige Tage vorher über das gleiche Thema geführten Debatte ab. Auf dieser Versammlung hatte man versucht, Andersdenkende niederzuschreiben.

die ja morgen Regierungspartei werden kann und dann für ihre Arbeit auch darauf angewiesen ist, respektiert zu werden, weil sie die Verantwortung trägt, und um eben das Maß dieser Verantwortung mehr Rechte haben muß.

In der Bundesrepublik aber scheint es — schaut man in die Blätter, hört man den Rundfunk — als ob alles Recht nur den Kritikern, also den Opponenten, keines aber der Regierung gehöre. Beispielsweise ist es ein selbstverständliches Recht jeder Oppositionspartei, Propaganda zu machen für ihre Ideen und ihre politischen Absichten. Sie darf sogar heftig gegen die Regierung agitieren. Wenn man aber um den Bundespressechef diskutiert, dann fordert man von ihm die berühmte „Objektivität“. Er soll Informationen liefern, aber er soll beileibe nicht für die Regierung und ihre Absichten werben, denn das würde ihm als Propaganda ausgelegt und ihn in die Rubrik des unseligen Göbbels einrangieren. Ja, aber was soll denn der Bundespressechef, wenn er nicht für die von ihm vertretene Regierung werben, also meinetwegen Propaganda machen darf? Ist die Werbung, sagen wir ruhig nochmal die Propaganda, ein Vorrecht der Zigarettenfabriken, der Sensationszeitschriften, der SRP, der KPD oder sonstiger Oppositionsparteien?

veröffentlichen, wenn auch die Zusatzverträge formuliert sind. Niemand außer den Nächstbeteiligten also kennt den Wortlaut. Trotzdem aber dekretiert einer der deutschen Oppositionsführer: „Das Schlimmste, was für Deutschland geschehen konnte“. Die Regierung, durch Verabredung und politischen Anstand gehindert, dem Volk fundierte Mitteilungen zu machen, schweigt. Die Opposition aber sagt Njet, agitiert gegen den Vertrag und verhindert zum mindesten bei ihren Anhängern, wahrscheinlich für immer eine echte Diskussion darüber.

Das Volk, so las ich an dieser Stelle vor einiger Zeit in der Diskussion um das gleiche Thema, habe nicht mehr die Bereitschaft, sich politisch unterrichten zu lassen. — Wie will man das beweisen? Dem Volk ist es nur leid, Parolen à la Göbbels, Pieck, Grotewohl oder auch die ewige Hetze und das ewige Neinsagen zu hören. Der Versuch, das Volk wirklich gründlich politisch zu unterrichten, ist ja bisher in Deutschland kaum gemacht worden. Auch die Bundesregierung hat es nicht getan — man hätte es ihr ja als Propaganda auslegen können!

Pressepolitik — aber wie? Gebt endlich der Bundesregierung das Recht, für sich und ihre Absichten zu werben, ohne sie deshalb zu diffamieren. Gebt der Bundesregierung in den Publikationsorganen das Quantchen Raum mehr, dessen sie bedarf, um zunächst einmal ihre Absichten dem Volke klarmachen zu können, ehe diese schon von der Opposition aller Schattierungen verrissen und zerredet sind. Und Ihr Zeitungen und Rundfunkanstalten: schickt nach Bonn Vertreter, die nach fachlicher Eignung, Seriosität und Vertrauenswürdigkeit fähig sind, echte Partner der höchsten demokratischen Institution dieses Landes sein zu können. Du Bundesregierung aber, gib der Presse als Partner den Mann, der ihre Sprache spricht — und deine! Endlich vergeßt alle nicht: Seid gerecht, denn kritisiert ist immer noch leichter als besser machen!

Ein sozialer Antrag?

Das Zentrum hat kürzlich einen Antrag im Bundestag eingereicht, der offensichtlich profunde soziale Gesinnung bekunden soll. Es handelt sich dabei um den Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung von Familienausgleichskassen. Da die CDU/CSU-Fraktion bereits einen ähnlichen und detaillierten Entwurf im Bundestag einbrachte und dieser dort schon in erster Lesung verabschiedet werden konnte, soll dieser Zentrumsvorschlag den bekannten Entwurf der CDU/CSU ersetzen.

Es verlohnt sich, dem „sozialen“ Antrag des Zentrums einmal auf den Grund zu gehen. Der erste Paragraph entspricht im wesentlichen der Fassung, die bereits vom Bundestag aus dem CDU-Entwurf übernommen wurde und spricht generell von der Notwendigkeit der Errichtung von Familienausgleichskassen unter Wahrung des Prinzips des Leistungslohnes.

Was sich das Zentrum allerdings bei der Formulierung des entscheidenden Paragraphen, nämlich bei der Festlegung der Aufbringung der Mittel, gedacht hat, ist nicht verständlich. Da heißt es: „Die Familienausgleichsabgabe beträgt für Steuerpflichtige ohne Kinder 10 Prozent des monatlich 150,— DM übersteigenden steuerpflichtigen Einkommens, für Steuerpflichtige mit einem Kind 5 Prozent des monatlich 250,— DM übersteigenden steuerpflichtigen Einkommens.“

Praktisch würde das auf der Abgabeseite bedeuten, daß ein kinderloses Ehepaar, dessen Einkünfte 350,— DM betragen, monatlich 20,— DM in die Familienausgleichskasse zahlen müßte. Verdienten sie zusammen 500,— DM, müßten sie 35,— DM pro Monat zahlen. Bei einem Ehepaar mit einem Kind müßten von 400,— DM Bruttoverdienst 12,50 DM an die Kasse abgeführt werden. Das Ganze soll auch nicht betrieblich oder verbandsmäßig, sondern direkt vom Finanzamt geregelt werden. Schon bei dieser Kernbestimmung des Gesetzes muß die Frage gestellt werden, wo denn hier von einer sozialen Maßnahme gesprochen werden kann. Die Belastungen, die selbst bei kleinerem Verdienst dem einzelnen auferlegt werden sollen, sind nach unserer Auffassung völlig undiskutabel.

An der Zahlung der Kinderzulage ändert sich beim Zentrumsantrag gegenüber dem

bestehenden CDU-Entwurf insofern nichts, als die Beihilfe auch vom dritten Kind abgezahlt werden und diese sich normalerweise auch zwischen 15,— und 25,— DM bewegen soll. Die Überschüsse der Familienausgleichskassen, (die bei rigoroser Durchführung der Vorschläge des Zentrums natürlich entstehen würden), sollen nach dem Zentrumsantrag „darlehnsweise für den Bau von Eigenheimen zur Verfügung gestellt“ werden. Näheres über die Verfahrensweise hierbei wird sinnigerweise in dem Antrag nicht gesagt.

Es ist völlig unerfindlich, wie eine Partei wie das Zentrum, die sich doch stets als die im christlichen Geist soziale Vertreterin der Arbeitnehmerinteressen bezeichnet, die Lasten — und auch noch sehr hohe — ausschließlich auf die persönlichen Steuerpflichtigen, sogar auf solche mit relativ geringen Einkommen abwälzt. Der CDU/CSU-Entwurf hatte nach langwierigen Verhandlungen zu einer Zustimmung der Arbeitgeberseite geführt, nach der die Wirtschaft durch eine 1,5—2prozentige Umlage diese Familienausgleichskassen tragen sollte.

Ein ausgewogen soziales Denken kann bei dem Entstehen dieses Zentrumsantrages wirklich nicht Pate gestanden haben, auch dann nicht, wenn das Ziel, nämlich kinderreichen Familien zu helfen, ehrlich gemeint ist. Bei einer Verwirklichung des Zentrumsantrages würden jedoch die Belastungen auf der einen Seite, nämlich auf der gebenden Arbeitnehmerseite, wesentlich größer sein als die auch im CDU/CSU-Entwurf zugesicherten Beihilfen für Familien mit drei und mehr Kindern. Dem Antrag kommt infolgedessen keine praktische, sondern nur eine kurzlebige agitatorische Bedeutung zu.

Kleinste Partei - größter Apparat

Die Enthüllungen des Bundesinnenministers über die Finanzierung der KPD beweisen mehr als alle Wahlergebnisse, wie sehr das deutsche Volk gegenüber dem Kommunismus immun ist. Nach den für die Parteiorganisation aufgewendeten Mitteln und dem überdimensionalen Stab besoldeter Funktionäre müßte die KPD die stärkste deutsche Partei sein. Keine andere Partei verfügt über eine solche Apparatur. Aber sie ist nicht nur die kleinste Partei. Wenn das entscheidende Charakteristikum einer demokratischen Partei darin besteht, aus dem Volke herauszuwachsen, so muß man der KP nunmehr das Recht absprechen, sich eine demokratische Partei zu nennen. Ganz offenbar nämlich wurde hier ein Funktionärstab gebildet, mit der Aufgabe, eine Partei künstlich heranzuzüchten, ja, sie dem Volk aufzuzwingen. Diese Methode der Parteibildung bedeutet einen direkten Angriff gegen die Demokratie. Nicht das Parteivolk bestimmt die Führung und ihre Ziele, sondern eine straffe Führung diktiert Meinungen und Wege. Mit einem Wort, die KP ist nicht demokratisch, sondern, wie der sowjetische Sprachgebrauch es nennt, „volksdemokratisch“, d. h. sie er-

strebt die ferngesteuerte Scheindemokratie. Auch das ist ein Beitrag zum Verfahren gegen die KPD vor dem Bundesverfassungsgericht.

Jede Partei bedarf einer gewissen Organisation und Propaganda und ist damit auf Geld angewiesen. Aber die hierfür zur Verfügung stehenden Mittel sind Gelder, die in irgend einer Form, als Beitrag oder Spende, aus dem Volk selbst kommen. Die KPD aber ist zu dieser Selbstfinanzierung nicht in der Lage. Sie bedient sich illegaler, trüber Quellen und wird so zu einem tatsächlichen Fremdkörper. Die fast ausschließliche Finanzierung der KP durch den illegalen Interzonenhandel lenkt die Aufmerksamkeit auf die politische Seite des Schmuggels über die Zonengrenze. Es ist offenbar, daß mit der Verstopfung dieser Geldquellen die Organisation der KP weitgehend lahmgelegt würde. Rücksichtslose Verfolgung und härteste Bestrafung aller, die jenseits der geltenden Gesetze ihre eigenen Geschäfte wie die der KP besorgen, ist darum nicht nur ein Anliegen der Wirtschaft, sondern eine Forderung, die im Interesse der Demokratie nicht energisch genug erhoben werden kann.

Schulgesetz und Koalition

Der sozialdemokratische Abg. Kühn vom nordrhein-westfälischen Landtag ist der Wortführer seiner Fraktion in kulturpolitischen Fragen. Neuerdings hat er vor der Presse Ausführungen über das dem Landtag schon lange vorliegende und noch immer nicht verabschiedete Schulgesetz gemacht, die nicht nur kulturpolitisch sondern auch allgemeinpoltisch Interesse verdienen.

Er vertrat die Meinung, es sei wichtiger, zu einer Festigung der Koalitionsverhältnisse in Nordrhein-Westfalen zu kommen, als sich um kulturpolitische Dinge zu zanken. Ihm schwebte die Erweiterung der Düsseldorfer Regierung durch die SPD vor. Kühn meinte, man solle die Große Koalition jetzt sofort bilden und den Parteien bei der Schul- und anderen kulturellen Fragen freie Hand lassen. Wenn das Schulgesetz in der gegenwärtigen Form durchgehe, werde eine Große Koalition nicht mehr möglich sein.

Wie der Abg. Kühn sich die Sache denkt, ist nicht ganz klar. Auf der einen Seite will er bei Bildung einer Großen Koalition den Beteiligten freie Hand in kulturellen Fragen lassen, auf der anderen bezeichnet er eine Große Koalition als unmöglich, wenn das Schulgesetz unverändert angenommen werde. „Freie Hand“ heißt aber doch, auf einem Schulgesetz in seiner gegenwärtigen Form zustimmen dürfen, ohne die Koalition zu gefährden. Wie reimt sich das zusammen? Oder will die SPD gnädig sein und die bittere Pille schlucken, wenn vorher die Große Koalition zustande kommt?

Für die CDU ist aber ein Bundesgenosse wenig reizvoll, der heute schon erklärt, wie es der Abg. Kühn bei derselben Gelegenheit getan hat, die SPD werde ein mit knapper Mehrheit angenommenes Schulgesetz nicht über die Legislaturperiode hinaus anerkennen.

Zugegeben, daß die gegenwärtige Mehrheit im Düsseldorfer Landtag aus CDU und Zentrum mit ihren drei oder vier Stimmen Mehrheit nicht besonders tragfähig ist. Aber die Aussichten, die der Abg. Kühn der CDU eröffnet, sind wenig verlockend.

Es ist uns bekannt, daß man an der sozialdemokratischen Parteizentrale in Bonn eine Änderung der Düsseldorfer Koalitionsverhältnisse wünscht, aber auch für die CDU gibt es allgemeinpoltische Gesichtspunkte in ihrer Länderpolitik, und dies resultieren heute wie seit Jahren aus der Tatsache der bedingungslosen und unversöhnlichen Opposition der Partei Dr. Schumachers. In diese politische Landschaft paßt eine Koalition CDU-SPD in Düsseldorf schlecht hinein.

Es scheint uns das Beste, die CDU in Nordrhein-Westfalen geht in der Schulfrage ihren geraden Weg und läßt es auf eine Kampfabstimmung ankommen, mit der der Vorsitzende der Düsseldorfer CDU-Fraktion Dr. Johnen, wie seine Äußerung in Velbert beweist, auch rechnet.

Vizekanzler Blücher wird vom 9. bis zum 16. Dezember seine Dienstgeschäfte von Berlin aus erledigen. Er will damit die Verbundenheit der Bundesregierung mit Berlin und der Sowjetzone dokumentieren.

Herausgeber: Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands, Bonn, Blücherstr. 14. Redaktion: Bonn, Pressehaus IV am Bundeshaus, Schließfach 102. Druck: Buch- u. Verlagsdruckerei L. Leopold, Bonn.